



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus - 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60 / 59
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Bankverbindung:
Nassauische Sparkasse Wiesbaden
Kto. 110 241 700
BLZ 510 500 15

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer: K.H. Maierl

Wiesbaden, 25.09.2007

Pressemitteilung :

Integrationsvertrag

Am 27.09.2007 soll der Integrationsvertrag unterschrieben werden. In dem Zusammenhang machen wir noch einmal darauf aufmerksam, daß ein von uns beauftragtes Rechtsgutachten vorliegt, das die Rechtmäßigkeit eines solchen Vertrages auch mit Vereinen, die der Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich einstuft, bestätigt, aber für den Abschluß folgende Einschränkungen macht:

1. Da hier rechtliches Neuland betreten wird, kann nur die Stadtverordnetenversammlung die wichtigen Entscheidungen treffen, und zwar auch in der Frage, ob auch mit einem als verfassungsfeindlich geltenden Verein der Vertrag beschlossen wird. Danach hätte eine gesonderte Beschlußfassung zu Milli Görüs im Parlament stattfinden müssen.
2. Aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Religionsgemeinschaften ergibt sich, daß bei der Einstufung eines Vereins als verfassungsfeindlich dieser Besonderheit Rechnung getragen werden muß und in einem solchen Fall keine Vorleistungen (finanzieller oder sonstiger Art) erbracht werden dürfen, bevor der betroffene Verein erwiesen hat, daß er sich an die Verfassungsgrundsätze halten will, weil sonst eine vernünftige Prognose, ob der Vertrag erfüllt und das Integrationsziel erreicht wird, nicht gestellt werden kann.

Hieraus ergibt sich eine Beobachtungspflicht der Stadt gegenüber den Vertragspartnern. Wie sonst soll festgestellt werden, ob der Vertrag eingehalten wird.

Die FDP schreibt dazu: „In keiner Weise nachvollziehbar ist, woraus eine solche Beobachtungspflicht rechtlich abgeleitet werden soll“. Wenn die FDP es auch nicht nachvollziehen kann, so ist es doch so, daß jede staatliche Institution, die Verträge schließt, deren Einhaltung auch überwachen muß. Der zuständige Dezernent Grella hat ja immer wieder erklärt, man müsse wachsam sein. Wie kann man aber wachsam sein, wenn man nicht hingucken will?

Es ist schon sehr seltsam: einerseits bezweifelt man die Aussagen des Verfassungsschutzes (und nicht etwa die von Milli Görüs) und betrachtet sie als vernachlässigbar, andererseits soll nur er Beobachtungen anstellen dürfen.

Die FDP geht aber weiter. In ihrer Presseerklärung heißt es: „Die BLW macht populistisch Stimmung gegen die Integrationsvereinbarung“. Die Sprecherin der FDP fabelt etwas vom Applaus im rechten Bereich. Solche Äußerungen stellen eine Unverschämtheit dar.

Wir haben durch einen Verfassungsrechtler der Goethe-Universität Frankfurt ein juristisches Gutachten anfertigen lassen, weil ein Vertrag, der ja Schule machen soll, auch wasserdicht sein muß und weil uns die Unterstützung für verfassungsfeindliche Organisationen tatsächlich Sorge macht.

Wie die andern politischen Gruppierungen halten wir die Integration für eine wesentliche Aufgabe der Stadtpolitik, nur kann sie nicht darin bestehen, daß Gruppierungen, die den demokratischen Grundwerten feindlich gegenüberstehen, gefördert werden. In dieser Stadt wird eine Kritik an der Integrationspolitik jeweils damit beantwortet, daß der Kritiker als rechtslastig eingestuft wird. Das ist Stimmungsmache und verhindert eine unbefangene Diskussion.

Dr. Michael von Poser Thorsten Reiß